

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksfabrikation

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Der Streik der Bäcker und Konditoren in München.

Große wirtschaftliche Kämpfe bergen in sich einen bedeutenden Abschnitt intensiver Erziehungsarbeit zum Selbstbewusstsein, zur freiwillig übernommenen ängstlichen Disziplin und zu pünktlicher, korrekter und geschickter Ausführung der notwendigen Maßnahmen im Kampfe. Deshalb kann ein Gewerkschaftsführer niemals von vornherein ein Feind solcher Kämpfe sein, sondern, wenn sie absolut nicht zu vermeiden sind, wird er sie aus obigen Gründen begrüßen.

Nur deshalb bieten wir trotzdem alles auf, um Frieden mit den Arbeitgebern und deren Organisationen bei unseren Forderungen zu Tarifverträgen zu kommen, weil wir dieselben als außerordentlich wertvoll im Interesse beider Tarifkontrahenten und als außerordentlich nützlich für die gesunde Entwicklung des ganzen Gewerbes halten. Grundbedingung ist natürlich bei dem Abschluss von Tarifverträgen, daß beide Kontrahenten gleich gut organisiert sind, damit auch die korrekte Durchführung des Tarifes gegen einige Widerläufer, die man immer in den Kreisen der Arbeitgeber finden wird, erzwungen werden kann.

Diese Vorbedingungen waren bei der diesjährigen Lohnbewegung in München gegeben. Die Arbeitgeber waren in einer gut geleiteten Zwangsvereinigung organisiert, durch diese auch mit den wenigen Großbetrieben eng verbunden, während die bereitwilligen Arbeiter, Bäcker sowohl als Konditoren dieser Betriebe, zu über 90 pzt. in untern Verbänden organisiert sind. Daneben besteht noch seit einigen Jahren eine zahlreichere des christlichen Lehrgangsmittelverbandes in München, deren Führer ihre Mitgliedschaft unter den Bäckern auf 160 angeben, eine Zahl, die aber auf circa 100 Mitglieder — nach ihren Versammlungen und sonstigen Feststellungen unsererseits — reduziert werden muß.

Seit 1902 steht nun unsere Organisation mit der Münchner Zwangsvereinigung einschließlich der Großbetriebe in Tarifverhältnis; 1909 ist auch der christliche Verband als weiterer Tarifkontrahent mit hinzugezogen. Ob das die Arbeitgeber veranlaßt haben, um die Arbeiterschaft durch zu zersplittern und zu schwächen, wollen wir hier nicht untersuchen. Hervorheben wollen wir aber, daß die Verhandlungsgemeinschaft mit der Zeitung unserer Zahlreiche München im Interesse der Tarifentwicklung in unserm Interesse in ganz Deutschland bei den letzten Tarifabschlüssen in München alles daran setzte, daß sich unsere Münchner Kollegen in der Frage der Lohnerhöhung mit recht bestehenden Zugeständnissen zufrieden geben, und auch 1909 bei den Verhandlungen ihre Forderung nach dem wöchentlichen Ruhetage fallen ließen, um wieder zu einem neuen Tarif zu kommen. Das hat bei den Tarifabschlüssen in den Jahren 1908 und 1909 ziemlich großen Sturm bei den Kollegen hervorgerufen, weil sie nicht länger im Interesse der Tarifentwicklung in ganz Deutschland mit ihren bedeutend weitergehenden Wünschen zurückstehen wollten. Heute ist aber das Tarifwesen in unserm Interesse schon soweit entwickelt, daß es gar nicht verlohrt, wenn wir es einmal in einer Großstadt wie München einige Jahre lang ohne Streik durchmachen. Durch die Stärke der Organisation würden wir doch nach einer solchen tariflosen Zeit wieder zu Tarifverträgen kommen müssen. Natürlich ging trotzdem auch diesmal unter ganzem Drucke dahin, in München ohne Streik wieder zu einem Tarifvertrage zu kommen. Gewährung des

wöchentlichen Ruhetages und eine Lohn-erhöhung, die einigermaßen den gemäßigten Lohnerhöhungsverhältnissen der letzten Jahre Rechnung trug.

Die Forderungen und Verhandlungen vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zeigten anfänglich eine Uneinigkeit zwischen uns und der christlichen Vertretern, weil jene den Ruhetage von Sonntag auf Montag, wir dagegen, in der Überzeugung, daß die beste und leichteste Durchführung des wöchentlichen Ruhetages im Erjastruhetage garantiert sei, einen solchen für jede Woche gefordert hatten. Daß aber zeigte es sich, daß auch bei den Vertretern der Christen, durch ihre Mitglieder dazu getrieben, die gleiche Ansicht wie bei uns maßgebend war.

Auf alle Fälle kam aber die sechsund-dreißigstündige Ruhepause in jeder Woche in Betracht; in welcher Form diese gegeben werden sollte, hatte erst in zweiter Linie Bedeutung. Die Innung versuchte nun, veranlaßt durch verschiedene Kandidaturen, die immer noch gläubten, mit gewissen Kandidaten die Arbeiterschaft zu unterstützen oder wenigstens die Christen gegen unsern Verband auszuspielen zu können, ein Schaukampf, indem sie in der Ruhetagsfrage in 14 Tagen viermal ihre Beschlüsse änderte. Erst kam eine zweiundzwanzigstündige Sonntagsruhe mit Sabberbot von Sonntag zu Montag bei sechsunddreißig Stunden wöchentlich (75 Stunden) Arbeitszeit an. Die Vertreter und Versammlungen beider Organisationen erklärten solches Angebot für unannehmbar und verhielten sich auf der Grundforderung: Jede Woche eine Ruhepause von 36 Stunden. Nach weiteren Verhandlungen kam nun der Gewerbebericht mit dem Vorschlag heraus: 36 Stunden Ruhepause jede Woche von Sonntag auf Montag und Sabberbot an diesem Tage. In der Verhandlung suchten unsere Vertreter diesen Wunsch des Gewerbeberichtes und auch der Christen aber zunächst abzulehnen suchen, weil nach ihrer Ansicht dadurch dem Gewerbe unvorstellbarer Schaden zugefügt werden müßte. Als aber demnach dieser Vorschlag vom Gewerbebericht aufrechterhalten wurde, stimmte ihm schließlich unsere Versammlung zu, wenn auch unter Ablehnung der Verantwortung für die dadurch herbeigeführte Schädigung des Gewerbes; diese mußte den Meistern überlassen bleiben.

Jetzt kam eine neue Modifikation: Die Innungs-Vertrauensleute lehnen diesen Vorschlag des Gewerbeberichtes ab, so daß er der Innungsversammlung gar nicht unterbreitet wurde. Und nun machte die Innungsversammlung mit knapper Majorität den Vorschlag: Sonntagsruhe von Sonnabend auf Sonntag mit Sabberbot.

Das erklärten wir und auch die Christen für unannehmbar, weil diesem Innungsbeschlusse die Grundlage zu sehr aus den Augen sah, und weil eine solche Regelung nur gar zu klar unter allergrößtem Widerstand der Münchner Bevölkerung hätte erfolgen können. Unsere Versammlung hielt nun einmütig an den früheren Beschlüssen wieder fest, dagegen kam in der Innungsversammlung ein neuer Vorschlag: Erjastruhetage wie er dort und gefordert war in den Betrieben von vier und mehr Geschäften jede Woche, in den Kleinbetrieben alle drei Wochen.

Hätte die Innungsleitung von vornherein ebensolch auf dieser Basis verhandelt, als unser Vorsitzender Altmann den Vorschlag unterbreitet hatte: In allen Betrieben mit drei und mehr Geschäften den wöchentlichen Ruhetage sofort, in den Kleinbetrieben zwei ein Jahr lang alle zehn Tage, dann wäre schon längst eine Einigung in dieser Frage erfolgt gewesen. Nun aber mußten wir die

jen vierden Vorschlag ablehnen, was auch von den Christen in gleicher Weise geschah.

Jetzt trat auf Anordnung des Gewerbeberichtes das ebenfalls besetzte Einigungsamt in Funktion, über dessen Beratungsläden und nachträglich noch etwas modifizierten Schiedsspruch ja bereits berichtet wurde.

Folgendem dieser Schiedsspruch unter schweren Geburtswunden zustande gekommen, dabei aber in der Lohnfrage in vier Jahren Tarifzeit nach dem dann hinzugefügten Ergänzungsvertrag nur A 2,25 Lohnerhöhung brachte, dafür aber den Erjastruhetage in allen Betrieben mit vier und mehr Geschäften sofort, in den Kleinbetrieben auf zwei Jahre alle 14 Tage, dann auf ein Jahr alle zehn Tage und dann im letzten Tarifjahr auch jede Woche brachte, war sich die Verbandsleitung mit der Führung der Christen einig gemacht, für dieses Konstrukt einzutreten. Klar wurden wir uns aber auch darüber, daß wir diesen Schiedsspruch nur dann vertreten könnten in der Versammlung am 1. April, wenn die vorher folgende Vertrauensleuteprüfung demselben mit erheblicher Majorität zustimmen würde. Trotz eingehender sachlicher Überlegung aller Licht- und Schattenseiten des Schiedsspruches und trotz Hinweis darauf, daß jedenfalls ein Streik und Sonstiges unter Verletzung des unglücklichen Schiedsspruches und nicht die unbedingt notwendige Schutzmaßnahme der Öffentlichkeit beim Kampfe verschaffen könnte, erklärten sich die mehr als 80 Vertrauensleute einmütig gegen den Schiedsspruch.

In der darauffolgenden Versammlung wurde derselbe mit 518 gegen 51 Stimmen verworfen, bei den Christen jedoch des gleiche mit 83 gegen 21 Stimmen. In unserer Versammlung hatten nach unsern Feststellungen die Kollegen der Konjunktüredrei nicht mit abgestimmt, und deshalb hatten wir die Arbeitslosen schon zum größten Teil auf Streikposten setzen, um etwaiger Zugang fernzuhalten, wie wir uns ja überhaupt in den Vorbereitungen zum Streik keinen Augenblick hatten aufhalten lassen. Es war eine riesige Arbeit, die in einigen Tagen und Nächten von der Leitung unter Zustimmung arbeitsfreudiger Kollegen erledigt werden mußte. Und die Vorbereitungen waren gut getroffen; denn alles Klappete nun wie am Schnurhen.

Die Innungsversammlung nahm am gleichen Tage den Schiedsspruch gegen 21 Stimmen an, und konnte erst nach der Versammlung mit ihren Vorbereitungen zum Streik beginnen.

Weil wir uns auf außerordentlich gute und ergiebige Arbeit der Bezirksvertrauensleute verlassen konnten, veranlaßten wir die Kollegen am 1. April, am Sonntag morgens, nachdem sie ihren verdienten Lohn erhoben, in ihren Bezirkslokale. Einträge für unsere Kollegen wurde noch herangeholt und in geschäftlichem Zuge ging es nun nach dem Versammlungslokal, das bald überfüllt war. Mit 1126 gegen 14 Stimmen wurde jetzt der Streik beschlossen, in der nachfolgenden Konditoren- und Bäckerverammlung von 100 erschienenen Kollegen einstimmig.

Am selben Abend beschloß die Gewerkschaftsversammlung (Konditoren- und Bäckerverammlung) noch nach einem Vortrage Altmanns von der notwendigen Unterstützung des Kampfes, die einstimmig zugestimmt wurde.

Nicht unliebbare Schwierigkeiten machte die Sozialfrage an diesem und dem folgenden Tage, weil abends kein passendes Lokal zu haben war, und weil an beiden Tagen mehrere Stunden lang gehen mußten. Aber auch diese Schwierigkeiten wurde überwunden.

Verlängerung mit der Vereinigung der Brotfabrikanten von Frankfurt a. M. und Umgegend. Eine Tarifverhandlung am 12. Januar hatte beschließen...

Zur Lohnbewegung in Augsburg. In sehr gut besuchter Versammlung nahmen am 1. April die hiesigen Bäckergehilfen zu dem ihre Forderungen ablehnenden...

Der Vertreter des christlichen Verbandes. Herr Müller hat den Ausführungen des Vorredners im vollen Umfange...

Die Vertreter der beiden am Orte befindlichen Gewerkschaften haben die Versicherung ab, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft die Forderungen der...

Daß der Augsburger Bäckereiverband bei der gegenwärtigen Lage nicht wohl in der Lage ist, die Forderungen...

Fabrikanten

Ergebnisse der Arbeit bei Rhein & Jahr. Derzeitige Fabrikantenarbeit. Zu dieser Zeit...

Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden...

Die Arbeiter für den Export betragen jährlich 100 Millionen...

Die Arbeiter für den Export betragen jährlich 100 Millionen...

Die Arbeiter für den Export betragen jährlich 100 Millionen...

halber Jahr auf 19 5 und nach einem weiteren Jahr auf 20 5.

Arbeiter von 16 bis 21 Jahren erhalten einen Anfangslohn von 26 5 pro Stunde...

Arbeiter über 21 Jahre erhalten einen Anfangslohn von 32 5 pro Stunde...

Der Anfangslohn für den Metzger beträgt 46 5 pro Stunde...

Der Anfangslohn für den Metzger beträgt 30 5 pro Stunde...

Der Schreiner erhält einen Anfangslohn von 32 5 pro Stunde...

Die Löhne aller Beschäftigten, die durch die obige Staffelung nicht berührt werden...

Die vereinbarten Löhne haben bezüglich der Beschäftigungsdauer rückwirkende Kraft.

C. Ueberstunden. Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden...

D. Kündigung. Die Kündigung richtet sich nach § 4 der jetzigen Arbeitsordnung.

E. Allgemeines. Alle Streitigkeiten, die aus dem Vertrage oder aus dem Arbeitsverhältnis entstehen...

In den neuen Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen, so kann die endgültige Entscheidung...

Arbeitsverhältnisse und Anforderungen dürfen bis zur Einigung der beiderseitigen gewerkschaftlichen Verbände nicht stattfinden...

F. Vertragsdauer. Dieser Tarif wird auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen...

Datum: den 11. April 1913.

(Unterschriften)

Wenn auch die in diesen Vereinbarungen festgesetzten Löhne keineswegs als einmütigen ausreichende Bezahlung der geleisteten Arbeit anzusehen sind...

Wenn auch die in diesen Vereinbarungen festgesetzten Löhne keineswegs als einmütigen ausreichende Bezahlung der geleisteten Arbeit anzusehen sind...

Wenn auch die in diesen Vereinbarungen festgesetzten Löhne keineswegs als einmütigen ausreichende Bezahlung der geleisteten Arbeit anzusehen sind...

Wenn auch die in diesen Vereinbarungen festgesetzten Löhne keineswegs als einmütigen ausreichende Bezahlung der geleisteten Arbeit anzusehen sind...



Entscheidungen

Bericht von Versammlungen. Bericht von Versammlungen. Bericht von Versammlungen...

Briefe

Münster. Eine am 6. April tagende Bezirksversammlung im Gewerkschaftsraum zu Münster...

geschickt werden, damit von da aus eine Rastierung eingeleitet wird und das Mitglied nicht dem Verbanne verfallen geht...

Baden-Baden. Ueber eine Geleitenprüfung mit Christen in der Gewerbeakademie...

In Baden-Baden scheinen überhaupt noch nette Zustände im Gewerbe zu herrschen...

Berlin. Die am 13. April abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich mit der Stellungnahme zum Verbandstag in Frankfurt a. M.

Braunschweig. Gelegentlich einer öffentlichen Versammlung am 2. April, die gegen die Stellungnahme des preussischen Abgeordnetenhauses...

Ergebnis. Unsere diesjährige Quartalsversammlung fand am 6. April im Volkshaus statt...

Darmstadt. Am 6. April fand im Nordstädter Gesellschaftsraum eine Mitgliederversammlung statt...

Darmstadt. Am 6. April fand im Nordstädter Gesellschaftsraum eine Mitgliederversammlung statt...

gehlinge, der Schaffung einer Frauenbeilage und der Einführung der Gewerkschaften befaßt. Weiter wurde beschlossen, die Delegierten zu beauftragen, für Wiedereinführung der Reichsanstalten eventuell zu stimmen. Bei der Aufstellung der Kandidaten mußte moniert werden, daß die Kandidaten Stadthagen und Gelle, welche gleichfalls Kandidaten aufgestellt hatten, dieselben nicht bis 6. April, wie ihnen vom Wahlleiter zur Pflicht gemacht war, an denselben eingesandt hatten. Es wurde beschlossen, in Anbetracht dessen, daß die Kollegen ihre Kandidaten ja doch noch wählen können, andererseits die Beschlüsse zu achten sind, die Vorschläge aus diesen Orten nicht mehr zuzulassen. Als Kandidaten wurden dann aufgestellt: Friedr. Wahsmann, Ernst Schnelle, Robert Böllel, August Kohler, Wilh. Weber. Weiter wurde beschlossen, daß am 1. Mai sich alle Verbandmitglieder in der Herrenhäuser Brauerei treffen. Des weiteren soll am ersten Pfingsttag ein Ausflug nach Hameln veranstaltet werden.

Sänabrück. Der hiesige Vergnügungsverein „Bäderbrüderschaft“ feierte am 6. April sein Stiftungsfest, zu dem auch ein Duzend Meister erschienen waren. Es wurde zuerst in der Begrüßungsrede besonders gedacht und versichert, daß selbstverständlich der Verein stets bestrebt sei, mit den Meistern Hand in Hand zu arbeiten. Der Obermeister Jung hob in seinem Dank hervor, bei der heutigen Veranstaltung könne man wieder den Charakter und die Bildung der Brüderschaft erkennen. Diese Kollegen stellen sich noch nicht den anderen Arbeitern gleich, wie es die Verbandsgesellen tun. Wenn es der rote Verband immer wieder versuche, Zersplitterung in die Brüderschaft zu bringen, so möchte er insbesondere die jungen Gesellen, die jetzt die Lehre verlassen, ermahnen, sich der Brüderschaft anzuschließen und sich nicht von dem roten Verbande hinreißen lassen. Sie sollten als Bädergesellen und nicht als Bädereiarbeiter ihr Geld verdienen. Wenn die Brüderschaft das Kleingewerbe hochhiesse, würde es auch allen möglich sein (bei den heutigen Lohnverhältnissen), einmal selbstständig zu werden. Er schloß seine Rede mit einem Hoch auf die Brüderschaft. — Herr Jung kann ja schon reden — er hat seine nötigen „Mamanten“ hinter Schloß und Riegel. Vor zwei Jahren mußte er seine kleine Kellerei schließen, was er immer drei bis vier Lehrlinge auf das intensivste ausgebildet hatte, und jetzt will er den Bädergesellen vorpredigen, sie könnten alle einmal selbstständig werden! Unsere Kollegen sind mit der Zeit aber doch klüger geworden, als daß sie auf solche Versäßen noch irgendwelchen Wert legen sollten. Sie haben zu einem guten Teil begriffen, daß sie sich unserer Organisation anschließen müssen und daß erst diese es den Gesellen in Sänabrück ermöglichen wird, sich als verheiratete Kollegen am Orte ihr Brot zu verdienen. Heute müssen viele, als Stuhlwerksarbeiter ihr Fortkommen suchen. Erst jetzt haben hier wieder 18 Lehrlinge die Lehre verlassen. Da müßte Herr Jung die alten Bädemeister geradezu einpokeln, wenn für den Nachwuchs wieder was werden sollte. In der Genossenschaftsbäckerei können ja auch nicht alle mit einemmal anfangen, obgleich, wenn da mal eine Stelle vakant ist, Meister wie Gesellen, sich die Beine ablaufen, um bloß in einer Konsumbäckerei arbeiten zu können. Dann scheuen sie sogar den Verbandsbeitrag nicht! Wir wollen also hoffen, daß die Sänabrüder Kollegen sich in immer größerer Zahl bald unserer Organisation anschließen; denn nur durch volle Einigkeit können wir etwas erzielen. Im guten hat man nichts von den Meistern zu erwarten, nur schöne Redensarten, wie es sich bei der Brüderschaft jetzt wieder erweisen hat!

Sagan. In der Mitgliederversammlung am 2. Februar war von den hiesigen Kollegen der Beschluß gefaßt worden, eine eigene Jahrestelle zu gründen. Nach der Zustimmung des Hauptverbandes zu dieser Absicht tagte am 9. März in Gemeinschaft mit den Saganer Kollegen die konstituierende Versammlung, zu welcher auch Kollege Prochaska-Görlitz erschienen war. Zum provisorischen Leiter der Versammlung wurde Kollege Kubon bestimmt. Nach einigen einleitenden Worten des bisherigen Vereinstrauensmannes, des Kollegen Rothe, schritt man zur Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt für Sagan die Kollegen: Kubon als Vorsitzender, Rothe als Kassierer, Bödrich als Schriftführer, als Revisoren die Kollegen Jorna und Souler. Für Sagan wurden die Kollegen Jeschke zum Vorsitzenden, König zum Kassierer, Eisner zum Schriftführer und die Kollegen Votta und Herde zu Revisoren bestimmt. Darauf hielt Prochaska-Görlitz einen Vortrag über die Arbeit der Kollegen in der Agitation und erwähnte, in der Vorbereitung der Indifferenzen nicht zu erlauben und überall zum Stege unserer guten Sache beizutragen. Ferner wurde beschlossen, zum Verbandstag einen eigenen Kandidaten als Delegierten aufzustellen und es wurde hierzu Kollege Klinar bestimmt. Als Wahlkommission zu der Delegiertenwahl am 20. April wurde der hiesige Vorstand gewählt. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen schloß Kubon die anregend verlaufene Versammlung.

Weiter ist aus Sagan zu berichten: Der Altgeselle von Sagan hatte zum 5. April eine Bädergesellensammlung nach dem Gasthof „Zum Kronprinz“ zwecks Gründung eines Vergnügungsvereins einberufen. Die Verbandsgesellen waren zwar nicht dazu eingeladen, jedoch erschienen. Trotz zweistündigen Wartens derselben erklärten die Einberufer nicht, aber dann eröffnete ein Kollege, daß die Versammlung und forderte die Verbandsgesellen auf, das Lokal zu verlassen. Er meinte, Verbandsgesellen dürfe er nicht in den Vergnügungsverein aufnehmen, weil es den Meistern nicht recht wäre. Die Mitglieder des Verbandes nahmen hierzu eine andere Meinung ein und nun rief aus Furcht Seidel den Obermeister ans Telephon. Der alarmierte auch noch die Polizei und in kurzer Zeit hatten sich Meister und Polizei eingefunden. Aber die Verbandsgesellen ließen sich nicht aus der Ruhe bringen. Seidel forderte sie nochmals auf, das Lokal zu verlassen, weil der Obermeister es befohle (1), andernfalls würden sie gehen. Da die Verbandsgesellen trotz dieser schrecklichen Drohung ihre bisherige Haltung nicht änderten, schloß Seidel die Versammlung. Da dies nicht an ihr Ziel gekommen war, aber unsere Verbände befrachten nun die anderen Kollegen auf, noch eine Stelle zu bleiben und zeigten ihnen den einzigen Weg,

wie sie am besten zu ihren Rechten kämen, und forderten sie auf, sich nicht dem gelben Bunde anzuschließen.

Kollegen von Sagan, laßt Euch nicht von dem Saganer Altgesellen zu Aprilscherzen benutzen! Fordert Eure Rechte und trete ein in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, damit Ihr Euch bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse recht bald verschaffen könnt!

Schweinfurt. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 6. April sprach Kollege Köhl über die Einführung der Vollversicherung und gab bekannt, wie das Gewerkschaftsstatut und die Konjunktionsgesellschaft beabsichtigt, die Einkassierung und Aufnahmen für dieselbe vorzunehmen. Zum Verbandstage stellen die Kandidaten Wahrenth, Hof, Marktreibitz und Schweinfurt gemeinschaftlich einen Delegierten, und es lag auch von Wahrenth ein Schreiben hierzu vor. Beschlossen wurde, einen Delegierten von Wahrenth zu wählen. Es wurde Kollege Ahrens vorgeschlagen. Ferner wurden einige Schreiben vom Gehilfenverein vorgelesen, mit welchem sich Köhl wegen einer Protestversammlung in Verbindung gesetzt hatte. Weiter wurde zur Kenntnis genommen, daß die Münchener Kollegen in dem Streit getreten sind, und der Vorsitzende forderte auf, sämtliche Orte, wo die Kollegen in einer Bewegung stehen, zu meiden.

Am 9. April fand eine allgemeine Bäderversammlung statt, in welcher Kollege Gugg über den Kampf um den sechsunddreißigtägigen Ruhetag in München und die Lohnbewegung in Augsburg und Würzburg sprach. Die Versammlung war zugleich Protestversammlung gegen die Ausführungen Dr. Rudolphs. Obwohl die Gewerkschaften in einem Schreiben mitgeteilt hatten, daß sie die Versammlung besuchen wollen, haben sie es vorzogen, sie zu schwänzen. In erster Linie hätten gerade sie es notwendig, solche Versammlungen zu besuchen, um zu erfahren, wie die Lohnverhältnisse in anderen Städten sind. Sie zeigen dadurch, daß sie sich wenig um ihre Lage kümmern. Die Haupteigenschaft der Schweinfurter Ge-

Jedes Mitglied bemühe sich, den Wochenbeitrag für den Verband stets im voraus zu entrichten!

hilfen ist noch das Schafstoppeln und der Tanz mit den Meistern. Die älteren Bädergesellen tragen auch den Meisterdünkel in sich und suchen auch die jungen Kollegen für ihre Dummheit zu gewinnen. Daß aber die Bädemeister im guten nichts betwillingen, zeigt uns ein Fall, wo der Gehilfe wegen 50 % Aufbesserung die Stelle verlassen mußte.

Aus Unternehmungskreisen
Bäckerei

Die Bäckereiwirtschaft in Cottbus hielt kürzlich ihre Quartalsversammlung ab, in der Obermeister Schubert und ein Meister Donath gelegentlich der Freisprechung der Lehrlinge Proben ihrer sozialpolitischen Reifezeit und ihrer eminenten Bildung an den Tag legten. Der Herr Schubert meinte, dem Sinne nach, die jungen Gesellen sollten sich hüten, dem roten Verbande beizutreten; der wolle ihnen bloß wöchentlich 50 % abknöpfen und diese Beiträge kämen nicht den Gehilfen, sondern nur den Verbandsagitatoren zugute. Diese machten sich einen guten Tag, seien Faulenzer und Lagediebe und ihr ganzes Sinnen richte sich darauf, Thron und Altar zu stürzen und die Arbeiter auf die Revolution vorzubereiten. Er könne jedem jungen Manne nur raten, solchen Hezern fern zu bleiben und lieber treu zu den Meistern zu halten. Der Herr Donath gebrauchte gleichfalls die Ausdrucke Lagediebe, Faulenzer und rote Hezer! Als der Altgeselle diesen gemeinen Verleumdungen entgegenzutreten wollte, wurde ihm dies nicht gestattet.

Da unsere Kollegen in Cottbus vor einer Lohnbewegung stehen, werden sie und die dortige allgemeine Arbeiterchaft jedenfalls noch Gelegenheiten haben, sich mit den anständigen Vertretern auseinanderzusetzen.

Ein Mühlenbündel wird seit Monaten von den Interessenten angezogen und seine Verwirklichung wird immer wahrrscheinlicher. So berichtet jetzt wieder die „Frankfurter Zeitung“ unter der Signatur „Süddeutsche Mühlenvereinigung“ folgendes:

Wie wir hören, sind nunmehr mit Wirkung ab 1. April d. J. die beiden Frankfurter Großmühlen, nämlich die Dörmühle L. G. und die Firma Gebrüder Volk, sowie die Mühlenfirma H. Kiemer in Bonames der Mühlenvereinigung beigetreten. Dadurch erfährt der Konzern eine wesentliche Stärkung; die seither von ihm recht unangenehm empfundene Konkurrenz durch Unterbietungen fällt weg. Es gehören nunmehr der Vereinigung sämtliche in Betracht kommende süddeutschen Großmühlen, mit Ausnahme von Sinner in Karlsruhe, die der Vereinigung vorerst fernbleiben wird, an. Für einige noch ausstehenden mittleren Mühlenwerken sollen die Verbindungen weitergeführt werden.

Im Lager der Bädemeister ist es angefißt dieser für das ganze Gewerbe ungeheuer bedeutungsvollen Pläne merkürdigerweise noch recht ruhig. Zwar haben sich in den Innungsorganen bereits einige oppositionelle Stimmen hören lassen, die für einen Abwehrkampf eintreten. Aber die führenden Bädergenerationen und offenbar zu einer klaren Stellungnahme noch nicht gekommen. Man will wahrscheinlich erst noch abwarten, ob, wie mit dem Personalrat, sich ein einträgliches Nebengeschäft für die Innungsstellen einrichten läßt, und eines Tages wird es sich schließlich herausstellen, daß eine wirkungsvolle Abwehr gegen den einseitlich organisierten Raubzug auf die Taschen des Gewerbes und der Konsumenten nicht mehr möglich ist. Jeder vom fertigen Sondit darabreichende Proben wird den Meistern dann noch als eine große Erzeugnisse gepriesen, die sie über die Tatsache hinweg-

trösten soll, daß man ihnen lebendigen Leibes das Fell über die Ohren gezogen hat.

Die Innungsführer nennen eine solche Taktik allerdings kraftvolle Vertretung der Interessen des Mittelstandes im allgemeinen und der Bädemeister im besonderen.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen

Die mutigen Christen in Dresden versuchten am 8. April eine öffentliche Bäderversammlung nach dem Hotel „Stadt Petersburg“ einzuberufen. Als Tagesordnung war angegeben: 1. Sozialdemokratisch oder christlichnational? 2. Die Lage der Bädergesellen und wie können wir diese verbessern? Referenten: Verbandssekretär A. Voigt und ein Herr Kaiser. 3. Freie Aussprache. Die Einladung war öffentlich an die Bädergesellen Dresdens ergangen. Auch viele Mitglieder unseres Verbandes erhielten solche, und besuchten deshalb diese Versammlung. Sie hatten aber die Rechnung ohne die Furcht vor der Öffentlichkeit des Herrn Verbandssekretärs Voigt gemacht: denn dieser ließ durch den Vorsitzenden vor Beginn der Versammlung erklären, daß sich wohl viele Anwesende im Irrtum befänden; dies sei keine öffentliche Versammlung, sondern auch nur eine solche für Nationaldemokraten. Er bemerkte aber, daß auch Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes anwesend seien. Auch sei der Beamte dieses Verbandes, Herr Koff, anwesend; dem müsse er unbedingt das Lokal verweisen. Unter diesen Umständen war ein Bleiben der freien Verbändler unmöglich und sie ließen die Christlichen unter sich. In dem vorher statt überfüllten Lokal blieben dann ganze — sieben Mann übrig. Ob nun Herr Voigt seinen Vortrag über die Hebung der Lage der Bädergesellen noch gehalten hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn die Christlichen wirklich die ehrliche Absicht haben, die Lage der Bädergesellen heben zu helfen, was ja auch gegenwärtig in verschiedenen süddeutschen Städten gemeinsam mit dem freien Bäder- und Konditorenverband geschieht, dann ist das Manöver des Herrn Voigt unverständlich. Um im trüben fischen zu wollen, muß er sich schon ein anderes Gebiet aussuchen. Bei den Dresdner Bädergesellen wird er damit wenig Glück haben.

Polizei und Gerichte

Ein nachträglicher Erfolg unserer Kollegen in Dresden, die an dem Streik der Hartig & Vogel beteiligt waren, ist erfreulicherweise jetzt noch zu verzeichnen. Es wird darüber berichtet: Eine wichtige prinzipielle Entscheidung über das Recht des Unternehmers, bei ausbrechenden Streiks den Lohn als Kontrahentenschuldigung oder als vertraglich vermittelte Strafe einzubehalten, wurde vom Dresdner Gewerbegericht gefällt. Am 16. Oktober 1911 legten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Hartwig & Vogel die Arbeit ohne Einhaltung der bestehenden vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist nieder. Die bestrafte Firma „bestrafte“ hierfür die Ausständigen durch Einbehaltung des vollen fälligen Wochenlohnes und stützte sich dabei auf § 5 ihrer Arbeitsordnung, in dem es heißt: „Im Falle der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter verfällt der rückständige Lohn bis zum Betrage eines durchschnittlichen Wochenlohnes zugunsten der Fabrikantenkasse.“ Die Streikenden erklärten durch die Anwendung dieser Bestimmung einen Verlust von insgesamt circa M. 7000 bis M. 8000 und ständen aller Geringfügigkeit beraubt auf der Straße. Der Gewerkschaftsbeamte Heymann vom Verband der Bäcker und Konditoren klagte schon damals gegen die Firma, wurde aber mit seiner Klage vom Gewerbegericht abgewiesen mit der Begründung, daß die im § 5 der Arbeitsordnung getroffene Bestimmung zulässig sei. Dieses Urteil wurde vom Landgericht bestätigt. A. klagte jetzt abermals für einige Arbeiter M. 114,19 Lohn ein, doch begründete er diesmal die Klageforderung anders als die vorige Klage. Er bestritt auch hier die Gültigkeit des § 5 der Arbeitsordnung der Beklagten, doch nur insoweit, als sie mit § 119 a der Reichsgewerbeordnung im Widerspruch steht. Nach § 119 a der Reichsgewerbeordnung ist der Unternehmer bestraft, eine Vertragsstrafe bis zur Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes abzuziehen, doch darf der tatsächliche Abzug vom fälligen Wochenlohn ein Viertel nicht übersteigen. Die Beklagte hätte nur ein Viertel des fälligen Wochenlohnes für verurteilt erklären dürfen, und die Kläger forderten daher drei Viertel des zurückbehaltenen Lohnes ausbezahlt.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung des geforderten Lohnes nebst 4 pZt. Zinsen. In der Begründung wurde gesagt, daß das Gewerbegericht zwar die in § 5 der Arbeitsordnung der Beklagten vereinbarte Lohnverwirklichungsabrede grundsätzlich für rechtsgültig angesehen habe; es war aber zu prüfen, ob und inwiefern durch § 119 a der Reichsgewerbeordnung die vereinbarte Lohnverwirklichung gesetzlich eingeschränkt sei. Da sei davon auszugehen gewesen, daß in Titel VII der Gewerbeordnung die Bestimmungen unter L. Allgemeine Verhältnisse (§ 106 bis 120 a), auch für die Fabrikarbeiter zu gelten haben. Also sei dies auch hinsichtlich des § 119 a der Gewerbeordnung der Fall. Dieser Paragraph sei somit neben dem § 184 der Reichsgewerbeordnung anzuwenden, soweit er neben ihm bestehen kann. Dagegen lägen aber begründete Bedenken nicht vor, denn auch die Unternehmer von Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern wären in der Lage, Lohnverwirklichungen gemäß § 119 a vorzunehmen. Insbesondere könne auch die Beklagte leicht nach Ablauf der Probezeit von dem Lohn ihrer Arbeiter zur Sicherung gegen Vertragsbruch Teilbeträge zurückbehalten. Da dies nicht geschehen konnte, die Beklagte nur ein Viertel des fälligen Lohnes zurückbehalten und muß die anderen drei Viertel wieder herauszahlen. Das Urteil hat somit zur Folge, daß die Firma Hartwig & Vogel an die Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt circa M. 6000 herauszahlen muß. Die Entscheidung des Gewerbegerichts ist juristisch unanfechtbar, denn die M. 6000 legen sich aus Einzelforderungen zusammen, von denen keine einzige befreiungsfähig ist.

Für die Kasse des „Brotfabrikanten“. Im Januar dieses Jahres kaufte sich ein Arbeiter beim Bädemeister H. A. Seibert in Griesheim a. M. einen halben Maß Brot. Beim Ausschneiden bemerkte der Mann zu seinem

Schlehen, daß in das Brot Gegenstände eingebunden waren, die mit Mehl oder auch gar nichts zu tun haben. Die Polizei in Griesheim, die von dem übertriebenden Jubel Kenntnis nahm, betraute den Nahrungsmittelschleifer Dr. Willeke mit der Untersuchung. Dieser erklärte als Sachverständiger vor dem Schöffengericht in Höchst, daß am 25. März gegen den obengenannten Bäckermeister verhandelt, daß in dem Brot mehrere harte Klügelchen sich befanden, die sich aus Menschenkot zusammengesetzt hätten. Der Griesheimer Polizeikommissar, der den Betrieb einer Revision unterzog, hatte festgestellt, daß sich der Backraum zum Backen durchaus ungeeignet erweise; die Reinlichkeit lasse viel zu wünschen übrig. Die Rinde war verschimmelt; die Seiten schmutzig. Ebenso ließ die Reinlichkeit des Hofes alles zu wünschen übrig. Menschenkot lag überall umher. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Bäckermeister, der nicht angeben konnte oder wollte, wie der Menschenkot in das Brot gekommen ist, eine Geldstrafe von M. 100. Das sehr milde Urteil lautete auf M. 50 Geldstrafe.

Bemerkenswert ist hierzu, daß dieser Bäckermeister keinen Gehilfen, keinen Lehrling und keinen Hausburschen oder sonstigen Arbeiter beschäftigt.

Glaubt der „Brotfabrikant“, daß dieser Bäckermeister an sich selbst einen „Kuchent“ verübt hat?

Internationales.

Eine große Tarifbewegung in Norwegen steht bevor. Dort laufen am 1. Mai in zwölf Zahlstellen unserer Bruderorganisation die Tarife ab und es werden davon ungefähr 800 Mitglieder des Verbandes berührt. Da eine friedliche Lösung der Frage durchaus nicht sicher ist, so werden jetzt schon die deutschen Zahlstellen dringend ersucht, dafür zu sorgen, dass unter allen Umständen jeglicher Kontakt nach Norwegen ausgeschlossen wird!

Zum Bäckerstreik in Basel und St. Gallen.

Die Kollegen sind durch Notizen, welche in dieser Zeitung erschienen sind, bereits von dem Bestand beider Streiks benachrichtigt. Wir wollen hiermit die deutschen Kollegen etwas näher über die Ursachen und den Verlauf dieser Streiks unterrichten.

In Basel fand am 20. Februar eine Versammlung der Bäckergehilfen statt. In der sehr gut besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, folgende Forderungen an die Meister zu stellen: Zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, Wochenlöhne von Fr. 40 für Oienarbeiter, Fr. 38 für Teigmacher und für die übrigen Bäcker Fr. 38. Außerdem wurde noch ein wöchentlicher Rubetrag von 24 Stunden und die Anerkennung der Organisation verlangt.

Diese Forderungen wurden am 27. Februar mit einem Begleitschreiben dem Vorstand des Meistervereins überreicht. Wir machten die Meister darauf aufmerksam, daß der Tarifentwurf natürlich nur die Wünsche der Arbeiter enthalte und ersuchten um Unterhandlungen, bei denen die Forderungen der Arbeiter näher begründet werden sollten.

Die Bäckermeister suchten nun die in der Gewerkschaft organisierten Gehilfen auf die Seite zu schieben. Sie wendeten sich an den Christlichen Gesellenverein, welcher die enorm hohe Zahl von fünf Mitgliedern zählte, an den katholischen Verein „Pistoria“, der dafür sorgt, daß das Seelenheil von acht Mitgliedern nicht Schaden leidet, und an den meistertreuen Gehilfenverein, welcher 14 Handwerker zu seinen Getreuen zählt. Mit diesen 25 Gehilfen haben die Meister einen Scheinvertrag abgeschlossen.

Als wir auf Umwegen von dem Vorhaben der Meister Kenntnis erhielten, sandten wir an jeden Bäckermeister einen Tarifentwurf mit einem aufrüttelnden Schreiben. Wir machten in dem Schreiben ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir zu Konzessionen bereit sind und es uns in erster Linie darum zu tun sei, ein auf Gleichberechtigung beruhendes, tariflich gerechtes Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Wir ersuchten die Meister weiterhin, auf ihren Vorstand einzuwirken, damit Unterhandlungen zustande kommen, weil andernfalls ein Kampf unvermeidlich sei.

Auch diese Maßnahme unsererseits war nutzlos. Die Scharfmacher an der Spitze hatten jeden Meister eine Verpflichtung von Fr. 500 unterschreiben lassen. Sie hatten die Meister dadurch in der Hand und machten was sie wollten. Am 10. März erhielten wir vom Vorstand des Meistervereins folgendes Schreiben:

Die heute am 4. März 1919 im Café „Spitz“ tagende Versammlung der Bäckermeister von Basel anerkennt die Vereinbarung der Kommission der Bäckermeistervereins Basel mit den handwerkstreuen Vereinen: Bäckergehilfenverein Basel, katholischer Gehilfenverein „Pistoria“ und Christlicher Bäckergehilfenverein, und stimmt in allen Teilen dieser zu. Auf die Forderungen der Gewerkschaft kann die Versammlung nicht eingehen. Die Baseler Bäckermeister sind stets gerne bereit, gerechten Wünschen zu genügen, wie es gegenüber den obengenannten handwerkstreuen Vereinen geschehen ist.

Die Gehilfen versammelten sich am 13. März, um auf der Antwort der Meister Stellung zu nehmen. Das Verhalten derselben hatte unter den Arbeitern eine unglaubliche Erbitterung hervorgerufen. Auch war von Stuttgart bereits die Mitteilung eingelaufen, daß die dortige Innung Streikbrecher für die Schweiz suchte. Ein gleichwertiger Kollege teilte eine Äußerung des Präsidenten der Bäckermeister mit. Dieser Herr äußerte sich folgendermaßen: Wenn es gelingt, die Bewegung bis nach Ostern hinauszuziehen, werden die „Rosen“ einfach entzogen, und damit sei dann die Bewegung erledigt.

Diese Äußerung schlug dem Faß des Bodens aus und von 135 Kollegen, welche an der Versammlung teilnahmen, wurde fast einstimmig beschlossen, die Arbeiter sofort zu warnen, um die Meister dadurch zu Unterhandlungen zu veranlassen. Im Laufe der nächsten Tage wendeten sich dann auch die Kollegen von ver-

schiedenen Betrieben zu den Streikenden. Zehn Meister bewilligten sofort die Forderungen der Gehilfen und wurde in diesen Betrieben weitergearbeitet. Ebenfalls wurde natürlich zum Aerger der Bäckermeister in dem Konsumverein weitergearbeitet. In diesem Betrieb sind 59 Bäcker beschäftigt, die Arbeitsverhältnisse sind mit uns tariflich geregelt.

Die bestroikten Meister, ungefähr 95, suchten ihren Betrieb mit Hilfe ihrer Frauen, Dienstmädchen und unmenschlicher Ausbeutung der Lehrlinge aufrecht zu erhalten. Am 17. März fanden dann vor dem Einigungsamt Unterhandlungen statt. Nach langer Unterhandlung machte das Einigungsamt folgenden Vorschlag:

Die Bäckerwerkschaft wird die Arbeitseinstellung sofort aufheben und die Arbeit am Mittwoch, den 19. März, wieder aufnehmen. Der Bäckermeisterverein dagegen verpflichtet sich für diesen Fall, mit der Gewerkschaft auf Grund des vorgelegten Vertragsentwurfes vor dem Einigungsamt zu verhandeln, die in Ausstand getretenen Arbeiter, deren Stellen inzwischen nicht besetzt worden sind, wieder aufzunehmen, die übrigen noch anwesenden Gehilfen an die freibleibenden Plätze in andern Betrieben zu verweisen und gegenüber sämtlichen in Ausstand getretenen Arbeitern keine Abzüge am Arbeitslohn vorzunehmen. Allfällige Streitigkeiten aus diesem Vergleich sind durch das Einigungsamt endgültig zu entscheiden.

Die Arbeiter nahmen diesen Vorschlag fast einstimmig an und bewiesen dadurch, daß sie zum Frieden geneigt sind, wenn man mit ihnen unterhandeln will. Anders die wiligewordenen Bäckermeister. Sie lehnten auch diesen Vorschlag ab und bewiesen dadurch erneut, daß sie den Kampf wünschen.

Die Gehilfen führen den Kampf auch in verschärfter Form weiter. In Verbindung mit dem Arbeiterbund wurde über mehrere Bäckereien der Boykott verhängt. Die Herren Bäckermeister erhalten nun durch die Konsumenten den Beweis, daß es sich im Bäckergewerbe nicht nur um das Brotherstellen, sondern auch um das Brotessen handelt. Durch den Druck des Boykotts hat auch bereits eine Anzahl Bäckereien bewilligt. Viele würden gerne bewilligen, haben sich aber durch ihre Unterschrift für Fr. 500 beim Meisterverein die Hände gebunden. Den Scharfmachern an der Spitze liegt natürlich versucht wenig daran, wenn durch den Kampf eine Anzahl Meister zugrunde gehen.

Die Meister kratzen nun nach wie vor weiter, indem sie die Lehrlinge geradezu unerhört ausbeuten. Streikbrecher finden sich nur schwer. Unsere Kollegen haben uns überall durch Abhalten von Streikbrechern sehr gut unterstützt. Nur einige Meistersöhne machen mit den Christlichen und Meistertreuen der Handwerker. Unsere Kollegen in den süddeutschen Städten möchten wir an dieser Stelle für ihre Unterstützung durch Abhalten der Streikbrecher den herzlichsten Dank aussprechen.

Die Kollegen, welche in den Streik getreten sind, halten heute noch so gut wie am ersten Tage zusammen. Mit Ausnahme von zwei Christlichen, welche ebenfalls einen Tag mitstreikten, ist kein einziger Kollege umgefallen. Es ist das ein gutes Zeichen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß es sich um durchweg jungorganisierte Mitglieder handelt. Durch dieses musterhafte Verhalten der Arbeiter ist bereits der moralische Sieg auf unserer Seite. Die Baseler Bäckermeister werden sich noch lange an ihre Gehilfen erinnern, wenn auch ein großer Teil den Baseler Staub bereits von den Schuhen geschüttelt hat.

Der Kampf wird nun durch den Boykott so lange fortgesetzt werden, bis die Bäckermeister durch den Schaden zu der Einsicht kommen, daß es in Zukunft vernünftiger ist, mit der Organisation der Gehilfen zu unterhandeln.

Der Gang der Dinge, welche zum St. Gallener Streik führten, war ungefähr derselbe, so daß wir uns über die Details nicht näher verbreiten brauchen. Nur ist es den St. Gallener Bäckermeistern gelungen, von Stuttgart elf Streikbrecher zu beziehen. Dieses Gesindel konnte von den dortigen Kollegen nicht mehr abgehalten werden.

Auch in St. Gallen wird der Kampf mit dem Boykott mit aller Energie weitergeführt. Bis jetzt haben zwei Bäckereien und der italienische Konsumverein einen Vertrag mit uns abgeschlossen. Außerdem besteht schon seit längerer Zeit ein Tarif zwischen unserer Organisation und der Genossenschaftsbäckerei, ein Unternehmen der Arbeiter-Union.

Mit dem Italienischen Bäckermeisterverein sind ebenfalls Unterhandlungen im Gange, welche voraussichtlich bis zum Erscheinen dieser Zeilen bereits zu einer Einigung geführt haben werden.

Mögen nun diese Kämpfe mit einem Tarifabschluß mit den Meistervereinen enden oder nicht. Auf jeden Fall werden sie das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Gehilfen bedeutend stärken und zur Kräftigung der Organisation beitragen. Deshalb sehen wir der Zukunft frohen Mutes entgegen.

Gewerkschaftliche Kundschau.

Die örtlichen Verhandlungen im Bausegewerbe haben ihren weiteren Verlauf genommen. Aus dem Resultat lassen sich Schlüsse für die endgültige Erledigung der umfangreichen Bewegung ziehen, doch gar nicht ziehen, dazu sind sie zu verschieden und im Verhältnis zu der Zahl der zur Verhandlung stehenden Tarife noch zu gering. In einigen Tarifarten haben die Unternehmer Angebote gemacht, aus denen sich schließen läßt, daß die Unternehmer an einer Wiederholung des Kampfes von 1910 gar keinen Gefallen finden und es viel lieber sehen, wenn sie sich mit den Arbeitern an Orte friedlich und schiedlich verständigen können. In anderen Orten wieder, zum Teil sogar in ganzen Landesteilen, haben die Unternehmer mit jetztigen Angeboten zurück, aber ihre Angebote halten sich in so niedrigen Grenzen, daß denselben entgegen eine Ver-

ständigung erzielt werden kann. In einer Anzahl größter Tarifarten und in Bestallen, wo Bezirksstarke bestehen, sind die Verhandlungen erst kurz vor dem Ablaufstermin der Verhandlungsfrist oder gar erst nach diesem Termin angefangen, so daß eine völlige Uebersicht vor dem 20. April schwerlich zu bekommen ist.

Neben der großen Bewegung der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter läuft auch die Lohnbewegung der Gipser und Stuckateure. Die Verhandlungen werden für diesen Beruf gesondert geführt und sind entweder zentral für bestimmte Landesteile oder nach Bezirken geordnet.

Von den örtlichen Tarifverhandlungen im Zimmergewerbe. Nachdem am Schlusse der zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe am 12. März die Vertreter der Arbeiterorganisation ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hatten, auf Grund des von den Unparteiischen vorgelegenen Tarifentwurfes in örtliche Verhandlungen einzutreten, haben diese in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Sie brechen sich vorwiegend um Lohn und Arbeitszeit. Die bis jetzt vorliegenden Verhandlungsergebnisse sind wenigstens soweit das Zimmergewerbe in Frage kommt, in ihrer großen Mehrzahl nicht deprimierend, da sie einer friedlichen Erledigung der Bewegung die Wege zu ebnen vermöchten. In sehr vielen Orten haben die Unternehmer einen strikte ablehnenden Standpunkt eingenommen und nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht. Vereinzelt sind für die nächste Tarifperiode sogar Lohnherabsetzungen in Aussicht gestellt. Wo Angebote gemacht worden sind, bewegen sie sich in den überaus meisten Fällen in so bescheidenen Rahmen, daß sie sich fast wie Spinnweben ausnehmen. Nur in ganz wenigen Orten können die Angebote ernsthaft in Frage kommen. Der Feuerung oder gar den Bedürfnissen entsprechen sie nirgends. Bei näherer Prüfung der Verhandlungsergebnisse drängt sich die Vermutung auf, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an ihnen nicht ganz schuldlos ist. In einem Falle ist das in den Verhandlungen von einem Vertreter der Unternehmer auch offen ausgesprochen worden, indem er erklärte, daß die Unternehmer, an Beschlüsse ihrer Organisation gebunden seien. Sicher ist auch, daß einer örtlichen Verständigung vielfach Beschlüsse der Bezirksverbände der Unternehmer entgegenstehen. Das tritt besonders trotz in Mecklenburg hervor, wo der Bezirksverband seinen Ortsverbänden die Angebote vorgezeichnet hat.

Was die Lohnangebote anlangt, so sind die Unternehmer in Bremen, München und Rosenheim einer Zulage nicht abgeneigt, doch haben sie unterlassen, deren Höhe anzugeben. Um einen Pfennig für die ganze Dauer des Vertrages, also für drei Jahre, soll sich der Lohn erhöhen in elf Jobstellen, um 1 1/2 % in zwei, um 2 % in 18, um 3 % in 24, um 3 1/2 % in einer, um 4 % in 15, um 5 % in 16, um 6 % in 13, um 7 % in fünf, um 8 % in vier, um 8 1/2 % in einer und um 10 % in einer Jobstelle. Die Erhöhung soll aber immer nur zum kleinen Teil sofort erfolgen und verteilt sich im übrigen auf die dreijährige Tarifdauer. Die Jobstellen, für die bis jetzt verhandelt ist, umfassen insgesamt 5144 Orte mit 29 745 Zimmerern; davon sind 2401 Verhandlungsmittglieder. Für mehr als die Hälfte der an der diesjährigen Tarifbewegung beteiligten Verhandlungsmittglieder stehen die Verhandlungsergebnisse noch aus oder haben die Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Bis 19. April sollen sie bekanntlich beendet sein.

Beendigung Mühlenarbeiterstreik. Die Mühlenarbeiter der Firma Sinner in Grünwinkel (Baden) haben nach viertägigem Streik einen vollen Erfolg erzielt. Der auf zwei Jahre abgeschlossene Vertrag brachte eine Lohnerhöhung von 20 % pro Tag sofort und 20 % am 1. April nächsten Jahres. Während der Tarifdauer erhöht sich der Lohn um mindestens M. 4.20 pro Woche. Schichtarbeiter erhalten eine besondere Zulage; auch im Urlaub und in sonstigen Fragen treten Verbesserungen ein. Sämtliche Streikenden nahmen nach Erledigung der Differenzen die Arbeit wieder auf.

Die Hamburger Lieferanten von Hingebürdern hatten auch hier ihre Hilfe angeboten. Sie haben nichts zu tun bekommen; ihre vorjährigen Rastatter Spuren jähren.

Kundsperrung in der holländischen Zigarrenindustrie. Schon sechs Wochen dauert die große Kundsperrung der holländischen organisierten Zigarrenarbeiter, die aus Anlaß eines Streiks in Rotterdam, der nun schon sechs Wochen dauert, von den Unternehmern über die Arbeiter verhängt wurde. Die Kundsperrung erfordert wöchentlich mehr als 30 000 Gulden an Unterstützung, da über 3000 Arbeiter ausgebeuert sind. Der für das kleine Holland bedeutungsvolle Kampf wird von den organisierten Arbeitern mit großer Opferwilligkeit geführt. Der Diamantarbeiterverband hat beispielsweise allein schon 25 000 Gulden gegeben. Die Gewerkschaften haben in Holland in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht. Der Kampf gilt der Niederrichtung der Gewerkschaften durch die Unternehmer; der Tabakarbeiterverband soll dazu als Versuchsojekt dienen. Die Absicht der Unternehmer wird aber zunichte werden, da der Tabakarbeiterverband auf andere Mittel zur Unterstützung der Kundsperrung bedacht wird. Die Solidarität der deutschen Tabakarbeiter und der deutschen Gewerkschaften ist ihm sicher.

Politische Kundschau.

Aus dem Reichstage. Am 5. April begründete Abgeordneter Baffermann einen Antrag, den Reichstagsabgeordneten die Freifahrtkarten auch während der Nichttagung des Reichstages zu gewähren. Dieser Antrag wurde von allen Parteien einstimmig als selbstverständlich unterstützt. Was wird aber der Bundesrat dazu sagen? Dann kam die Frage: Sollen die Wahlprüfungen in Zukunft dem Reichstage entzogen und einem Gerichtshof übertragen werden? Die Liberalen befürworteten dies — die Sozialdemokraten bekämpften den Antrag ganz entschieden, wodurch dem Reichstage ein wichtiges Recht genommen würde. Der Antrag ging schließlich an eine Kommission.

Am 7. April kam die Herr- und Wehrvorlage

zur Beratung. Die Tribünen waren stark besetzt — die Abgeordneten ziemlich alle zur Stelle. Träger des bunten Modes hatten sich massenhaft eingefunden. In der Hofloge repräsentierten Damen den Hof. Der Reichskanzler führte zur „Begründung“ der Vorlage ungefähr folgendes aus: Das deutsche Volk kann viele Tausende Rekruten kraft seiner Volksstärke mehr einstellen. In einem europäischen Krieg wird auch Deutschland verwickelt sein. Der Krieg hat zwar noch nicht unmittelbar vor der Tür gestanden — aber er ist möglich. Bis jetzt hat Deutschland es verstanden, vermittelnd zu wirken und einen Krieg zu verhindern. Jetzt handelt es sich darum, die Entschiedenheit der Großmächte durchzuführen, ihr Gelingen zu verhindern. Der herausfordernde Widerstand Montenegros muß gebrochen werden und die Londoner Beschlüsse sind anzuerkennen. Die albanische Frage ist die auch uns interessierende. Wir haben ein Interesse daran, daß die Balkanstaaten sich aufrichten und wieder blühen. Die Differenzen zwischen dem slavischen und germanischen Volkstum sind aber geeignet, Verbindungen zu entwickeln. Bisher hatten Rußland und Deutschland gute Beziehungen; jetzt aber merkt man einen Gegensatz. Wir dürfen den Kopf daher nicht in den Sand stecken. Die Beziehungen zur französischen Regierung sind gut. Bismarck sagte: „Wenn die Franzosen so lange Frieden halten, bis wir sie angreifen — dann haben wir mit ihnen einen ewigen Frieden.“ Die gegenwärtige Regierung Frankreichs hat den guten Willen, Frieden zu halten. Ein Krieg der Zukunft wird so fürchtbar sein, daß alles Bisherige Kinderpiel war. In Frankreich hat sich die Meinung festgesetzt, man wäre hauptsächlich durch das Bündnis der Russen uns gewonnen. Wir kennen die militärische Stärke der andern Nationen und wie kein anderes Land, hat Deutschland auf der Gut zu sein. Der russische Kaiser kann noch viel mehr Soldaten aufstellen und Rußland reorganisiert sich in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung. Kein Mensch kann also eine Garantie dafür übernehmen, daß wir keinen Krieg bekommen. Wenn er kommt, wollen wir Sieger bleiben. Politische Freundschaft sind politische Geschäfte — wir wollen sie pflegen. Das Vertrauen zwischen England und Deutschland hat längere Zeit vor gelitten, hoffentlich kommt es aber wieder. Der englische Minister schloß seine Rede mit dem Hinweis auf die Stärke Englands. Auch wir wollen stark sein, um unser Wort gewichtsvoll in die Waagschale zu legen. In Ihnen, meine Herren, liegt es jetzt, ihre nationale, patriotische Pflicht zu erfüllen. Durch Kriegen ist noch keine Nation zugrunde gegangen — aber durch Laßheit und Genußsucht.

und -blut einem Regierungssystem bewilligen, dem das deutsche Volk kein Vertrauen entgegenbringen kann, und daß Sie damit eine auswärtige Politik unterziehen, die Sie selbst nicht billigen. Wir klagen Sie an, daß Sie dadurch das große Werk der Volksverjüngung zwischen Deutschland und Frankreich stören, an dem wir bisher zum Vorteil Europas gearbeitet haben und weiterarbeiten werden. Wir klagen Sie weiter an, daß die notwendigen Korrekturen auf militärische Reformen nicht bewirkt werden. Machen Sie sich darauf gefaßt, daß sich dann ein Sturm der Entrüstung erheben wird, und in diesem Orkan werden wir siegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch haben Sie die Mehrheit, noch einmal ballen sich alle uns entgegenstehenden Gewalten zusammen, um sich gegen uns zu stellen, die wir die Grundsätze einer höheren Kultur vertreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Indem Sie die Konsequenzen Ihres Systems bis zum Wahnsinn treiben, erzwingen Sie das Volk zur Vernunft. Was der Gader zwischen Deutschland und Frankreich die Völker kostet, wissen wir. Was durch die endgültige Beilegung dieses alten, ganz sinnlosen Gaders zu gewinnen ist, hat nie greifbarer vor unsern Augen gelegen als heute. Wir werden trotz aller Widertätigkeiten weiterkämpfen in dem Sinne wie bisher, und der Tag wird kommen, an dem sich die Hände der Deutschen freundschaftlich und vertrauensvoll in die Hände der Franzosen legen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das wird ein Tag sein, der eine neue, bessere Zeit für ganz Europa bringen wird. Das wird ein Tag uneres Triumpfes sein. In der Ueberzeugung, damit den wahren Interessen des Vaterlandes zu dienen, kämpfen wir gegen die Herrschvorlage und werden weiterkämpfen für das schöne, große Ziel: Frieden und Freiheit vom Welt bis zu den Isthmen, das arbeitende Volk Frankreichs und Deutschlands einig in Freiheit, Frieden und Kultur! (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auf Eberdeman folgte Erberger, der für das Zentrum erklärte, daß dieses die Vorlage nicht dem Regierungssystem, sondern dem deutschen Volke bewillige. Ihre Notwendigkeit sei in dem Verhalten der westlichen und östlichen Nachbarn begründet. Der kluge Mann habe vor. Der Surrealismus wäre freilich nur noch bei denen zu finden, die bei der einmaligen Ausgabe nichts zu zahlen brauchten, aber wenn der Reichstag wegen Ablehnung der Vorlage aufgelöst werden sollte, so würden die Sozialdemokraten wohl nicht wieder mit 110 Vertretern wiederkommen. Die Vorlage solle ein Appell an die ganze Welt sein.

Spätestens am 19. April ist der 17. Wochenbeitrag für 1913 (20. bis 26. April) fällig.

Was Baffermann im übrigen noch vorbrachte, hätte beim Militärstat auch seinen Platz gefunden: Militärmitteilungen entgegenwirken; das religiöse Bekenntnis darf bei Beförderungen nicht von Einfluß sein; der Adel soll keine Vorrechte haben usw. Einer Verkürzung der Dienstzeit und der Veseitigung des Einjährigprivilegs kann Baffermann das Wort nicht reden. Wir sind bereit — das erachten wir als eine nationale Pflicht, als Selbsthaltung! — war keine Parole. Graf Kanitz (R.) feierte die Vorlage als ein Friedenswerk ersten Ranges. Wer sie ablehnt, will den Krieg. Wir gehen leichtem Herzens an die Vorlage heran. So geht's in diesem Tone weiter.

Müller-Reinigen (R.P.) kritisierte zunächst die Begründung der Vorlagen. Wir werden, sagte er weiter, prüfen müssen und werden nur das Notwendigste bewilligen. Es ist ein Unglück, das große Volk immer im Kriegszustand zu halten. Die Freistimmigen wollen also das Notwendigste bewilligen, wenn auch nur unter Vorbehalt; aber sie bewilligen. Im übrigen empfahl der Redner Verhandlungen mit den Nachbarstaaten und über an einigen inneren Einrichtungen, an dem Beförderungsweisen usw., lebhaft Kritik. Dem Kriegsmilitar waren aber diese Ausführungen so unangenehm, daß er sich nochmals zu ein paar Worten aufraffte und die Kritik als übertrieben hinstellen wollte. Auch die Presse konnte etwas zurückhaltender sein, meinte er. Durch die Balkanereignisse wäre die Regierung wohl überfallen worden; aber dies sei andern Leuten auch so gegangen.

Nachdem die Polen ihren ablehnenden Standpunkt mit der Polenpolitik der preussischen Regierung verteidigt hatten, kam als zweiter Redner der Sozialdemokraten Genosse Scheidemann zum Wort. Aus seinen glänzenden Darlegungen heben wir hervor: Wenn mein Genosse Jaurès mit seinen Ausführungen heftigen Widerstand in Sizilien fand, so in dies nur ein Beweis, daß der gut gekleidete Pöbel in Kriegeshetze mach. Aus der Freistimm wird vor dem Geschehen dieser Vorlage Redereien machen. Vor wem hat Deutschland Angst? Vor Serbien oder gar vor den Bulgaren? Was ist eine glückliche Redewendung des Herrn Reichskanzlers, daß er den Pan-Slawismus gegen das Germanentum ausnutzte? Wer gegenwärtigen Sie sich doch die Situation bei einem Kriege zwischen Deutschland und Oesterreich auf der einen Seite und Rußland mit den Balkanstaaten auf der andern. Da müßten Millionen slavischer Soldaten, Polen, Tschechen, Slowenen, Kroaten usw., teils unter deutscher Fahne, teils unter der Fahne unserer Verbündeten gegeneinander losziehen!

Wir lassen uns wegen unserer ablehnenden Haltung nicht in die Defensivedrängen, nicht wir, sondern Sie haben sich vor dem Volke zu verantworten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind die Ankläger, wir klagen Sie an, die ungeheuren Mittel, die in fegensreicher Weise zum Ausbau der Sozialpolitik verwendet werden könnten, in sinnloser Weise zu vergeuden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir klagen Sie an, die Gesundheit des Volkes zu gefährden, indem Sie auch die Windertraglichen zu den Strapazen des Militärdienstes heranziehen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist gefaßt worden, daß wir noch eine Fülle Lauglicher hätten. Das ist nicht wahr. Die Statistik zeigt, daß wir, wenn wir die Truppen entsprechend dieser Vorlage haben wollen, das Mindestmaß der Lauglichkeit herabsetzen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir klagen Sie weiter an, daß Sie diese gewaltigen Summen an Volksgut

und -blut einem Regierungssystem bewilligen, dem das deutsche Volk kein Vertrauen entgegenbringen kann, und daß Sie damit eine auswärtige Politik unterziehen, die Sie selbst nicht billigen. Wir klagen Sie an, daß Sie dadurch das große Werk der Volksverjüngung zwischen Deutschland und Frankreich stören, an dem wir bisher zum Vorteil Europas gearbeitet haben und weiterarbeiten werden. Wir klagen Sie weiter an, daß die notwendigen Korrekturen auf militärische Reformen nicht bewirkt werden. Machen Sie sich darauf gefaßt, daß sich dann ein Sturm der Entrüstung erheben wird, und in diesem Orkan werden wir siegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch haben Sie die Mehrheit, noch einmal ballen sich alle uns entgegenstehenden Gewalten zusammen, um sich gegen uns zu stellen, die wir die Grundsätze einer höheren Kultur vertreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Indem Sie die Konsequenzen Ihres Systems bis zum Wahnsinn treiben, erzwingen Sie das Volk zur Vernunft. Was der Gader zwischen Deutschland und Frankreich die Völker kostet, wissen wir. Was durch die endgültige Beilegung dieses alten, ganz sinnlosen Gaders zu gewinnen ist, hat nie greifbarer vor unsern Augen gelegen als heute. Wir werden trotz aller Widertätigkeiten weiterkämpfen in dem Sinne wie bisher, und der Tag wird kommen, an dem sich die Hände der Deutschen freundschaftlich und vertrauensvoll in die Hände der Franzosen legen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das wird ein Tag sein, der eine neue, bessere Zeit für ganz Europa bringen wird. Das wird ein Tag uneres Triumpfes sein. In der Ueberzeugung, damit den wahren Interessen des Vaterlandes zu dienen, kämpfen wir gegen die Herrschvorlage und werden weiterkämpfen für das schöne, große Ziel: Frieden und Freiheit vom Welt bis zu den Isthmen, das arbeitende Volk Frankreichs und Deutschlands einig in Freiheit, Frieden und Kultur! (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auf Eberdeman folgte Erberger, der für das Zentrum erklärte, daß dieses die Vorlage nicht dem Regierungssystem, sondern dem deutschen Volke bewillige. Ihre Notwendigkeit sei in dem Verhalten der westlichen und östlichen Nachbarn begründet. Der kluge Mann habe vor. Der Surrealismus wäre freilich nur noch bei denen zu finden, die bei der einmaligen Ausgabe nichts zu zahlen brauchten, aber wenn der Reichstag wegen Ablehnung der Vorlage aufgelöst werden sollte, so würden die Sozialdemokraten wohl nicht wieder mit 110 Vertretern wiederkommen. Die Vorlage solle ein Appell an die ganze Welt sein.

Diesen Vrasen des Zentrumsmannes folgte noch eine Erklärung des Volksparteikers Dr. Voormann, der nach einer lauen Kritik gleich seinem Parteifreunde Müller-Reinigen, auch nichts weiter in Aussicht stellte, als „genaueste Prüfung der Einzelheiten“. Dr. Gaegy (H.-Lohr.) lehnte namens seiner Freunde die Vorlage ab, der Antizemitt Werner trat für sie ein, zog sich aber im patriotischen Eifer dabei einen Ordnungsruf zu, als er den König der Montenegriner den König der Hammel-diebe nannte.

Als dritten Redner schickten die Sozialdemokraten nun noch Dr. Frank vor, der die Regierung und ihre Verteidiger zum Teil mit beizender Satire abfertigte. Er führte aus, die Minister gieben sich die Lächerlichkeit des Hauses an, wenn sie mit aller Bestimmtheit, wie dies geschehen, versichern: Jetzt ist Schluss! Die Meinungen waren früher auch nicht „Ludenlos“, und ein Jahr später begründete man die größte bis jetzt angeforderte Militärvorlage. Die Begründung jagt gar nichts neues. Es ist die Rede von der Länge der Grenzen Deutschlands, und diese sollen wohl schließlich noch als vertrauliche Mitteilung behandelt werden? Gegen die Sozialdemokratie helfe die militärische Erziehung auch nicht. Man stelle 186 000 Mann mehr ins Militär, 60 000 haben schon Sozialdemokraten, wenn sie hineinkommen, und 80 000, wenn sie abgeben. Wenn Erberger meint: Wir Sozialdemokraten sollen trotz sein, wenn die Vorlage bewilligt wird — sonst würde der Reichstag aufgelöst — so sage ich, wenn das Zentrum nicht Angst davor hätte, so müßte es darauf hinarbeiten, damit das Volk entscheide. Mehr als alles rühen müßte dem Volke die innere moralische Kraft — und diese steigert sich durch Einheitslichkeit und Gleichheit aller Staatspflichten und -rechte. (Wachst in Freuden.) Herr v. Liebert, der Führer der durchgefallenen Partei in Europa, wagt vor zu sagen: Die Sozialdemokraten zählen nicht zum deutschen Volk — sie sind ein Fremdkörper. Wir Sozialdemokraten brauchen bei den Wahlen 4 1/2 Millionen Stimmen für unsere Sache zusammen — es ist also jeder dritte Wähler zur Kasse gegangen und hat einen Zettel für die Sozialdemokratie abgegeben, und es wird gar nicht lange dauern, so wird jeder zweite Wähler dies tun. All dies begreifen Politiker von der Sorte des Herr Liebert nicht. Wären wir vaterlandslose-volksferndliche Reichsangehörige, so wären wir unsere eigenen Feinde. Wir wollen mit bestem Willen dem Vaterlande, dem Volke dienen. Mut, Tapferkeit und Todesverachtung zeigt der deutsche Arbeiter jeden Tag zum Wohle des gesamten Volkes in den Fabriksbetrieben. Wir wollen Frieden! Die Hände der Deutschen sollen sich vertrauensvoll und freundschaftlich in diejenigen der Franzosen legen. Dann erst wird die Zeit des wahren Friedens, der Freiheit und der Kultur gekommen sein.

Der Zentrumsabgeordnete Gaeule, der denn zu Wort kam, heute zum Entscheen aller bürgerlichen Parteien über die Stränge. Er schilderte die Vorlage und die militärischen Einrichtungen aus eigener Erfahrung (D. war Generalleutnant) in einer geradezu verächtlichen Weise und forderte, selbstverständlich persönlich, nicht im Namen des Zentrums, Verkürzung der Dienstzeit, Veseitigung aller Ungehörigkeiten, Veseitigung des Einjährigprivilegs, Veseitigung aller bunten Uniformen, welche mit dem Kriegsdienst gar nichts zu tun hätten. Er weiß noch, daß viel zu viel Generalsporen und Einleuren vorhanden sind, daß Millionen gespart werden könnten. Die Militärspiderei, die bunten Uniformen der Kavallerie zieht den Fuch der Lächerlichkeit auf sich.

Dieser fertigen Aussprache von einem bürgerlichen Abgeordneten und einem Fachmann folgten laute Beifallsbezeugungen auf sozialdemokratischer Seite, aber Enttäuschungsstimmungen bei den Bürgerlichen.

Der Kriegsminister versuchte schnell das Meer zu berechnen, doch umsonst. Dem bayerischen Bundesratsbedollmächtigten v. Weninger ging es noch schlimmer — er ist der verurteilte Vogel. Er brachte es fertig, einen Sturm der Entrüstung durch eine Rede von Verwundungen hervorzuheben, welche dabei zeigt, daß er von Verfassung und Parlamentarismus keine blasse Ahnung hat.

Die erneute Erklärung des bayerischen Bundesratsbedollmächtigten in die beste Illustration dessen, was heute von verschiedenen Seiten gesagt ist über die Anmaßung autoritärer Kräfte (Stürmische Zustimmung), ihre Einwirkung in das bürgerliche Leben, die nicht davon zurückzuführen, das Parlament zu terrorisieren! (Stürmische Zustimmung.) Wenn die Worte des bayerischen Militärbedollmächtigten einen Sinn haben sollten, so könnte es nur der sein, daß dem Abgeordneten Goezler in seiner Eigenschaft als Mitglied des deutschen Heeres außerhalb dieses Hauses Schwierigkeiten gemacht werden sollen.

Aber es weidete sich niemand mehr zum Wort und die Debatte wurde geschlossen. Selbst das Zentrum schweigend ließ seinen eigenen Vertreter im Saal. Die Militärbedollmächtige wurde dann an die Budgetkommission verwiesen.

Allgemeine Kundschau.

Beschauung der Unternehmervereine. Die „Post“ berichtet über die in den letzten Tagen in aller Stille erfolgte Beschauung der „Gewerkschaften Deutscher Arbeitgeberverbände“ und des „Verbands Deutscher Arbeitgeberverbände“.

Die Besichtigungen der Unternehmervereine sind der Einwirkung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stelle ungefähr die Wege.

Die Besichtigungen der Unternehmervereine sind der Einwirkung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stelle ungefähr die Wege.

Unternehmervereine in der Schokoladenindustrie. Die Firma J. Schaal & Co., Remscheid, hat im Jahre 1912 einen Betriebsergebnis von M. 519.260.

David Köhne u. S., Halle a. S. konnte nach Abschluß des Jahres von M. 700.000 der Gesamtverrechnung einen Betrag von M. 266.067 zur Verfügung stellen.

Altvergeheleichte für automatischen Verkauf. Berlin und Hamburg, die in Thüringen eine Schokoladenfabrik in Betrieb hat, kann auf M. 1.500.000 Aktienkapital 12 1/2 Prozent für Kapitalerhöhung bringen.

Die in einem kleinen Unternehmen arbeitenden Schweizer. Die Firma Peter, Gletsch, Gailler, Kähler, die mit einem Aktienkapital von 10 1/2 Millionen Franken arbeiten, haben einen Gesamtumsatz von Fr. 2.865.000.

Wann soll die Schokolade nach einem Krieg kommen? In Chemnitz erregt eine „Kaufkraftentwertung“ für die Textil- und Lebensmittelindustrie. Es infolge einer guten Ausbeute der Arbeiter der Textilindustrie bei und da eine Aufhebung der Arbeiter ist, sind die Schokoladenhersteller in Chemnitz ganz mit dem Frieden zufrieden, und das gesamte Weltmarkt folgende Umsatzziffern:

Es, wenn die Arbeiter dabei mit ihrer Kapitalverhältnisse zufrieden sein wollen in einer der Marktlage entsprechenden Ausbeute, bitte niemand etwas dagegen sagen. Es handelt sich jetzt aber immer um Nachfragen der sozialdemokratischen Partei, ganz gleichgültig, ob ein sozialdemokratischer Einzel oder mehrere auch wirklich tun oder nur

unfassbaren Schaden bringen kann. Hier kann nur die Regierung einmal Änderung schaffen, und am schnellsten würde ein Krieg die Lage ändern. Mit der Mobilmachung tritt das Stimmrecht in Kraft und allen Heeren und Schreibern wäre mit einem Male der Mund gestopft. Hinterher ließen sich auch die Gelehrten leicht so verhalten, daß mit dem Humanitätsbussel bei uns auf einmal aufgedrückt wäre.

An „Humanitätsbussel“ leidet der rohe Schreibergefelle jedenfalls nicht!

Genossenschaftliches.

Unser Genossenschaftstaxi hat außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt der Konsumverein zu Gumpendorfer Gebirge. Das sind nun insgesamt 194 tariffreie Vereine, welche in ihren Bädereien 2545 Personen beschäftigen.

Das Moosstück!

So alten Zeiten waren, wie ma moos, Auf's Moosstück mach'n no ganz hoch. Denn damals hat's no geben Bedernacht, Um Moos zu werden, mußt ma hab'n a „Recht“.

Unsere Münchener Kollegen sind des trockenen Tons aufschauend nun gründlich satt! Sie würgen ihren Kampf jetzt mit oberbayerischer Vollvochse und haben obenstehendes Organ als Flugblatt herausgegeben, auf dessen Rückseite die Reizter, die bemilligt haben, angepöbel werden.

?) Badt = Gebäd ?) Bäderfüße ?) schwellen = schlofen.

Mitteilendes.

Der Reichstagskampf vor dem Reichstage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin S.W. 68. Preis 10 J. Enthält die wesentlichen Ausführungen der Reichstagsrede des Abgeordneten Otto Reik von 12. Februar dieses Jahres.

Anzeigen.

Unsere werthen Kollegen Richard Kirscht und seine liebe Frau Emma Rohde die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

Berliner Bäcker- u. Tanz-Unterricht! Schönhauser Allee 21. • Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.

Nürnbergischer Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Bertram, Schneidermeister, Hengasse 2, I. Et., gegenüber dem Verhandlungslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Freim, Schuhmacher, Baderstr. 100.

Innungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Innung zu Altona.

Mittwoch, den 23. April, nachmittags 4 Uhr. Generalversammlung im Innungshaus, Hoheschulstr. 14. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Abnahme des Kassenberichts für das Jahr 1912 sowie Entlastung des Vorstandes und Rechnungsführers.

Innungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Innung zu Berlin.

Dienstag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr. Generalversammlung der Vertreter der Innungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Innung in Berlin in den „Concordia-Festsälen“, Andreasstr. 64. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Bericht der Revisoren, 3. Die Satzungen nach der Reichsversicherungsordnung.

Bäckerei und Konditorei mit Logierhaus preiswert zu verkaufen. Näheres durch Andr. Alb. Klein, Westerland-Str.

Zur geistl. Beachtung! Eine sehr gute, im besten Gange befindliche, mitten in der Stadt Köpenick a. d. E. (Anhalt) gelegene Bäckerei mit alter, feiner Kundschaft, sehr schönes Eckgrundstück.

Künstliche Zähne, Plomben Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung. Emil Bade, Zahnkünstler, Berlin N., Schönhauser Allee 43.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (So nicht Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 20. April: Bochum: 4 Uhr bei Löhmann, Rottstraße. Gelsenkirchen: 3 Uhr im „Liwoli“, Amalienstr. 1. — Essen: 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9.

Freitag, 22. April: Chemnitz: 1 1/2 Uhr, „Bamberger Hof“, Seminarstraße. Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Weiser, St. Pauli, Silberstraße 16.

Freitag, 24. April: Göttingen: 8 Uhr, „Der neuen Welt“, Rißstr. 6. — Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — Stuttgart (Bäcker): 8 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstraße 24.

Freitag, 27. April: Aalen: Sonn. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bayreuth: Beim Reichl, Ludwigstraße. — Chemnitz: 4 Uhr bei Lehmann. — Eisenberg: 3 Uhr, „Lambertshalle“.

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Wehler, Hamburg, Bismarckstr. 57. — Verlag von O. Hermann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurt & Co. in Hamburg.